

Ben Emmerson, ein Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates, hat sich in Pakistan über die Auswirkungen der völkerrechtswidrigen Drohnen-Angriffe der USA informiert.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 043/13 – 27.03.13**

Statement des UN-Sonderberichterstatters nach seinem Besuch in Pakistan

Der UN-Experte für Terrorbekämpfung traf sich in Wasiristan mit Opfern und erhielt von der Regierung Pakistans die klare Auskunft, dass sie die US-Drohnenangriffe für kontraproduktiv und völkerrechtswidrig hält und als Verletzung der Souveränität und Integrität Pakistans ansieht

Office of the High Commissioner of Human Rights
Islamabad, 14.03.13

(<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=13146&LangID=E>)

Ben Emmerson, der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Terrorbekämpfung, gab nach seinem Besuch in Islamabad, der vom 11. bis 13. März 2013 stattfand, am Donnerstag das folgende Statement ab:

Ben Emmerson, der UN-Sonderberichterstatter für Terrorbekämpfung und Menschenrechte, stattete der pakistanischen Hauptstadt Islamabad vom 11. bis 13. März 2013 einen Besuch ab. Dieser Besuch fand im Rahmen einer laufenden Untersuchung des Sonderberichterstatters statt, in der überprüft wird, wie sich der Drohnen-Einsatz und andere zur Terrorbekämpfung eingesetzte Formen der gezielten Tötung auf Zivilisten auswirken.

Während des Besuchs traf sich der Sonderberichterstatter mit Vertretern des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums, des Ministeriums für Menschenrechte und anderer relevanter Behörden (Pakistans), u. a. mit einem höheren Repräsentanten des Sekretariats der Federally Administered Tribal Areas / FATA (der Stammesgebiete unter zentraler Verwaltung, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Stammesgebiete_unter_Bundesverwaltung) und dem Vorsitzenden des ständigen Ausschusses für Verteidigung und Rüstungsproduktion. Er ist besonders dankbar für die Unterstützung, die ihm bei den Treffen mit Außenministerin Hina Rabbani Khar (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Hina_Rabbani_Khar) und deren Staatssekretär gewährt wurde.

Der Sonderberichterstatter bedauert, dass er keine Gelegenheit hatte, sich mit Vertretern des pakistanische Militärs oder des (militärischen Geheimdienstes) ISI (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Inter-Services_Intelligence) zu treffen. Es wurde ihm jedoch versichert, dass deren Position in den Beratungen mit dem Außenministerium, dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium entsprechend berücksichtigt wurden.

Der Sonderberichterstatter traf sich auch mit Rechtsanwälten, die Personen und Gruppen vertreten, die gegen Auswirkungen des Drohnen-Einsatzes und der Terrorbekämpfung in Pakistan klagen. Außerdem sprach er mit einer Delegation von Stammesführern – so genannten Maliks – aus dem Norden Wasiristans (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Waziristan>), die von einer speziell dafür einberufenen Schura, einer Versammlung aller Stammesführer (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Schura_%28Islam%29), für dieses Gespräch ausgewählt

worden waren. Zusätzlich traf er sich mit einer Gruppe von direkt oder indirekt durch Drohnen-Angriffe geschädigten Opfern, die schwere körperliche Verletzungen erlitten haben oder Zeuge von Drohnen-Angriffen wurden, bei denen Familienangehörige starben. Er sprach auch mit einem Vorsitzenden Richter des Peshawar High Court (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Peshawar_High_Court), der mit dem Problem vertraut ist, mit mehreren Oppositionspolitikern, mit Journalisten und mit zivilen Repräsentanten der Gesellschaft.

Der Sonderberichterstatter dankt dem Außenministerium, das seinen Besuch sehr erleichtert hat, für die gute Zusammenarbeit mit allen Offiziellen und Regierungsvertretern.

Während des Besuchs betonte die (pakistanische) Regierung immer wieder ihre gleichbleibende Einstellung, dass die Drohnen-Angriffe auf ihrem Territorium kontraproduktiv seien, gegen das Völkerrecht verstießen, Pakistans Souveränität und territoriale Integrität verletzen und sofort aufhören müssten.

Der Sonderberichterstatter wurde von der Regierung darüber informiert, dass Pakistan die Situation in den FATA weder als internationale noch als nationale kriegerische Auseinandersetzung ansehe. Pakistan betrachte den Einsatz seiner eigenen Streitkräfte in diesem Gebiet vielmehr als Polizeiaktion zur Unterstützung der Zivilverwaltung bei der Terrorbekämpfung.

Die Regierung, einschließlich der Außenministerin, versicherte dem Sonderberichterstatter, dass sich die meisten Angriffe der pakistanischen Taliban / TTP (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Tehrik-i-Taliban_Pakistan) und anderer Terroristengruppierungen, die in den FATA operieren, gegen militärische und zivile Ziele in Pakistan selbst richteten, das durch Terrorakte schwere Verluste und starke Zerstörungen hinnehmen müsse.

Amtliche Zahlen belegen, dass bisher fast 7.000 pakistanische Soldaten und Polizisten bei Terroranschlägen getötet wurden und einschließlich der Zivilisten insgesamt über 40.000 Pakistaner dadurch umkamen.

Die Regierung informierte den Sonderberichterstatter darüber, dass sie für die Terrorbekämpfung in Pakistan im Laufe des letzten Jahrzehnts fast 70 Milliarden Dollar ausgegeben habe. Die Regierung betonte, sie betrachte eine moralisch vertretbare, wirksame, tragfähige und dauerhafte Lösung des Terrorismus-Problems auf ihrem Territorium als Angelegenheit von größter nationaler Bedeutung, der sie höchste Priorität einräume.

Um das zu erreichen, bediene sich die pakistanische Regierung einer wirksamen Anti-Terrorstrategie, die neben polizeilichen Operationen auch auf Dialog und Entwicklungsmaßnahmen setze, um nicht nur den Terrorismus, sondern auch dessen Wurzeln in der gesamten Region zu beseitigen.

Dem Sonderberichterstatter wurde mitgeteilt, Pakistan sei der Meinung, seine eigene, von seinen Streitkräften und seiner Polizei unterstützte, demokratisch gewählte Zivilregierung könne am besten darüber entscheiden, wie ein dauerhafter Frieden in dieser Region zu erreichen sei; die Einmischung anderer Staaten in seine Bemühungen sei schon bisher kontraproduktiv gewesen und werde das auch künftig sein.

Die Außenministerin, ihre Mitarbeiter und die Vertreter des Verteidigungsministeriums und des Ministeriums für Menschenrechte versicherten dem Sonderberichterstatter, Pakistan sei bestrebt und auch in der Lage, wirksam gegen die terroristische Bedrohung in den FATA vorzugehen und setze dabei auf eigene Mittel, genaue Ortskenntnisse und seine in-

tegrierte Anti-Terrorstrategie. Der Sonderberichterstatter wurde ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Regierung und das Parlament Pakistans gemeinsam die Behauptung zurückweisen, die eng zusammenarbeitenden Behörden und Streitkräfte seien entweder "unfähig oder unwillig", das Problem des Terrorismus auf dem souveränen Territorium Pakistans selbst zu lösen.

Die Regierung betonte, das pakistanische Militär habe mehr als 145.000 Mann Bodentruppen in die FATA entsandt und ihnen auch Luftunterstützung zur Verfügung gestellt. Es wurde auch darauf verwiesen, dass die Regierung unter Berufung auf Artikel 245 der pakistanischen Verfassung die Zivilbehörden in den FATA militärisch unterstützt und nach rechtlicher Überprüfung durch eine unabhängige Kommission auch die vorübergehende Internierung (von Terrorverdächtigen) in Lagern auf pakistanischem Boden vorgesehen hat.

In ihre Strategie zur Terrorbekämpfung hat die Regierung auch den Dialog mit militanten Gruppen und die Gewährung von Entwicklungshilfe für die Stammesgemeinschaften in den FATA einbezogen; mit polizeilichen und militärischen Mitteln will sie gegen militante Gruppen in den Fata vorgehen und hofft gleichzeitig, durch Respektierung der Stammeszugehörigkeit und der jeweiligen Traditionen die Voraussetzungen für einen tragfähigen Frieden in der Region schaffen zu können. Der Sonderberichterstatter wurde darüber informiert, dass die Regierung und das Parlament Pakistans auch gemeinsam die Unterstellung zurückweisen, sie verfolgten dieses Ziel nicht konsequent genug.

Nach offiziellen Angaben sind Berichte über ein stillschweigendes Einverständnis Pakistans mit dem Einsatz von Drohnen eines anderen Staates auf seinem Territorium falsch; eine gründliche Überprüfung von Regierungsunterlagen habe ergeben, dass keine Einverständniserklärung vorliege. Es wurde auch auf wiederholte Erklärungen Pakistans vor den Vereinten Nationen verwiesen, in denen ein sofortige Beendigung des Einsatzes von Drohnen eines anderen Staates auf pakistanischem Territorium gefordert worden war.

Außerdem informierte das Außenministerium den Sonderberichterstatter darüber, dass die pakistanische Regierung seit Mitte des Jahres 2010 bis heute regelmäßig Protestnoten an die US-Botschaft in Islamabad gerichtet hat, in denen sie gegen den Einsatz von Drohnen auf pakistanischen Territorium protestiert und betont hat, dass Pakistan diese Drohnen-Angriffe als Verletzung seiner Souveränität und territorialen Integrität ansieht; in allen Noten wurden die USA außerdem aufgefordert, ihre Angriffe sofort einzustellen. Das Ministerium wies den Sonderberichterstatter auch darauf hin, dass in diesen Noten an die langjährigen bilateralen Beziehungen und den Dialog mit den USA sowie die fruchtbare Zusammenarbeit in vielen Angelegenheiten erinnert wurde.

Die Vertreter Pakistans lenkten die Aufmerksamkeit auch auf eine Reihe von Resolutionen beider Häuser des Majlis-e-Shoora (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Parliament_of_Pakistan), in denen ein Ende der Drohnen-Einsätze gefordert wurde. Die jüngste dieser Resolutionen wurde am 12. April 2012 bei einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser einstimmig verabschiedet und trägt die Überschrift "Richtlinien für einen veränderten Umgang mit den USA, der NATO und der ISAF und eine andere Außenpolitik". Die Resolution beginnt mit der Erklärung, dass die Beziehungen zwischen Pakistan und den USA auf der gegenseitigen Respektierung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität beider Staaten aufgebaut sein sollten; dann wird u. a. (a) eine sofortige Beendigung aller Drohnen-Angriffe innerhalb der Landesgrenzen Pakistans gefordert, (b) Pakistans Entschlossenheit zur Bekämpfung des Terrorismus und des Extremismus aus eigenem natio-

nalem Interesse bekundet, (c) festgelegt, dass weder die Regierung noch andere Institutionen mündliche Vereinbarungen mit Regierungen oder Institutionen anderer Staaten bezüglich der nationalen Sicherheit treffen dürfen, (d) festgelegt, dass irgendwelche vorher getroffenen Abmachungen ab sofort nicht mehr gelten und (e) bestimmt, dass alle künftigen Abmachungen von den zuständigen Ministerien und parlamentarischen Gremien sorgfältig geprüft und durch eine ministerielle Erklärung dem Parlament bekannt gemacht werden müssen. In der Resolution wird dann noch die internationale Gemeinschaft aufgefordert, die menschlichen Verluste und die wirtschaftlichen Schäden anzuerkennen, die Pakistan durch den so genannten "Krieg gegen den Terror" erlitten hat, und verlangt, dass "im Kampf um die Herzen und Hirne" vor allem auf den Dialog gesetzt werden muss und "die lokalen Sitten, Traditionen, Werte und religiösen Einstellungen" zu respektieren sind.

Mehrere staatliche und nichtstaatliche Gesprächspartner wiesen darauf hin, dass trotz dieser und vorheriger klar formulierter Resolutionen eines demokratisch gewählten Parlamentes die Drohnen-Angriffe auf pakistanischem Territorium unvermindert fortgesetzt wurden. Sie machten auch darauf aufmerksam, dass die Demokratie in Pakistan fragil ist und dass bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen erstmals in der Geschichte Pakistans ein völlig demokratischer Übergang von einer Zivilregierung auf eine andere stattfinden wird.

Nach Meinung dieser Gesprächspartner könnten die trotz der ablehnenden Resolutionen des Parlaments fortgesetzten Drohnen-Angriffe in den FATA das Vertrauen der Pakistaner in die Demokratie aushöhlen.

Der Sonderberichterstatter wurde informiert, dass nach einer Statistik des pakistanischen Außenministeriums seit 2004 mindestens 330 Drohnen-Angriffe auf dem Territorium Pakistans stattgefunden haben. Nach Erhebungen wurden dabei mindestens 2.200 Menschen getötet und zusätzlich mindestens 600 Menschen schwer verletzt. Offizielle wiesen darauf hin, dass die Bemühungen, die genaue Anzahl aller (durch Drohnen) Getöteten und die darin enthaltene Anzahl von Zivilisten festzustellen, durch Sorgen um die Sicherheit der von der FATA-Verwaltung mit Nachforschungen Beauftragten und durch topografische und bürokratische Hindernisse erschwert würden; außerdem schreibe die kulturelle Tradition der Paschtunen-Stämme im FATA-Gebiet vor, die Toten so schnell wie möglich zu begraben.

Nach Angaben der Regierung konnten trotzdem mindestens 400 der bei Drohnen-Angriffen Getöteten sicher als Zivilisten identifiziert werden, und weitere 200 der Getöteten gehörten vermutlich auch nicht zu den Kombattanten. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass wegen unterlassener Meldungen und in Anbetracht der geschilderten schwierigen Untersuchungsbedingungen die Anzahl der getöteten Zivilisten wahrscheinlich höher anzusetzen sei.

Der Sonderberichterstatter erbat ergänzende Informationen zur Erstellung dieser Statistiken und zu festgestellten Unstimmigkeiten; diese Informationen waren nicht sofort verfügbar. Ein führender Mitarbeiter der FATA-Verwaltung versicherte dem Sonderberichterstatter jedoch, dass bei allen gemeldeten Drohnen-Angriffen so genau wie möglich untersucht werde, wie viele der Getöteten tatsächlich Zivilisten und keine Kombattanten seien; die Ergebnisse dieser Untersuchungen seien in die vorgelegten Statistiken eingeflossen.

In Gesprächen mit einer Delegation von Stammesführern aus dem Norden Wasiristans erfuhr der Sonderberichterstatter, dass die Drohnen-Angriffen regelmäßig zivile Opfer fordern; betroffen seien dabei häufig Gruppen von erwachsenen Männern, die nur ihrer täglichen Arbeit nachgingen. Ausländer, die keine fundierten Kenntnisse über die Bekleidung der Paschtunen-Stämme hätten, könnten sie leicht mit pa-

kistanischen Taliban verwechseln, die genau so gekleidet seien; außerdem gehöre es zur Tradition der Paschtunen-Stämme, dass alle erwachsenen Männer immer eine Waffe mit sich führten. Weil bei Drohnen-Angriffen so häufig Zivilisten getötet würden, verbreiteten sie Angst und Schrecken in der ganzen Region.

Sie betonten, dass die Drohnen-Angriffe ihre vorhandenen Stammesstrukturen zerschlagen und ihre Lebensweise zerstört hätten. Sie wiesen auch darauf hin, dass nach dem Paschtunwali, dem Gesetz der Paschtunen, Rache für jeden Getöteten geübt werden muss; diese alte Stammestradiation habe besonders unter jungen Männern das Bedürfnis geweckt, sich auch für die Drohnen-Angriffe zu rächen, und dadurch sei die ganze nachwachsende Generation radikalisiert worden.

Diese Bewertung wurde vom Ministerium für Menschenrechte bestätigt. Im Laufe der Vorbereitung auf die regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtssituation in Pakistan durch den Menschenrechtsrat hat das pakistanische Ministerium für Menschenrechte im März 2012 Befragungen durchgeführt, um herauszufinden, ob die Drohnen-Angriffe die Radikalisierung in den FATA verstärkt haben. Die Ergebnisse sind zwar größtenteils nicht repräsentativ, bestätigen aber die Vermutung, dass Drohnen-Angriffe häufig der Anlass für die Radikalisierung junger paschtunischer Männer und ihre Hinwendung zum Extremismus sind. Drohnen-Angriffe verlängern die Spirale der Gewalt, und die Befragungsergebnisse stützen die Behauptung der Regierung, dass solche Angriffe kontraproduktiv sind.

Der Sonderberichterstatter ist allen Personen äußerst dankbar, die ihn mit für seine Untersuchung wichtigen Informationen versorgt haben, insbesondere denen, die selbst bei (Drohnen-Angriffen) verletzt wurden oder dabei Familienmitglieder verloren haben und aus dem Norden Wasiristans angereist sind, nur um sich mit ihm zu treffen. Er war von ihren Aussagen sehr beeindruckt, und diese Aussagen werden zusammen mit anderen Beweisen im Abschlussbericht des Sonderberichterstatters an die Vereinten Nationen Berücksichtigung finden.

Zum Ende seines Besuches stellte der Sonderberichterstatter fest:

"Die Position der Regierung Pakistans ist ganz klar. Sie ist mit dem Drohnen-Einsatz der USA auf pakistanischen Territorium nicht einverstanden und betrachtet ihn als Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität Pakistans. Aus völkerrechtlicher Sicht findet die US-Drohnen-Kampagne in Pakistan deshalb ohne die Zustimmung der gewählten Volksvertretung oder der legitimen Regierung dieses Staates statt. Weil die Drohnen-Kampagne die Anwendung von Gewalt auf dem Territorium eines anderen Staates ohne dessen Zustimmung beinhaltet, verletzt sie die Souveränität Pakistans. Pakistan hat unmissverständlich klargemacht, dass es die Drohnen-Kampagne für kontraproduktiv hält, da sie die nachwachsende Generation radikalisiert und dadurch das Problem des Terrorismus in der ganzen Region verschärft hat. Pakistan hat die USA aufgefordert, ihre Kampagne sofort einzustellen. Die Regierung Pakistans hat auch die US-Behauptung zurückgewiesen, sie sei "unwillig oder unfähig", den Terrorismus auf ihrem eigenen Territorium zu bekämpfen, mit der die USA ihre Drohnen-Angriffe zu rechtfertigen versuchen; das sei nicht nur falsch, sondern auch eine Beleidigung der vielen pakistanischen Opfer des Terrorismus, die ihr Leben verloren haben. Aufbauend auf genauen Kenntnissen über die Verhältnisse vor Ort strebt Pakistan eine nachhaltige Anti-Terrorstrategie an, die auf Dialog und Entwicklungsmaßnahmen in diesem komplizierten Gebiet setzt und nicht nur die Auswirkungen des Terrorismus bekämpfen, sondern auch seine Wurzeln beseitigen will. Dem pakistanischen Volk muss Zeit gelassen werden, damit diese Strategie wirken kann. Die Paschtunen-Stämme im FATA-Gebiet leiden besonders

unter der Drohne-Kampagne. Diese stolzen und unabhängigen Menschen verwalten ihre Region seit Generationen selbst; sie haben eine bewegte Stammesgeschichte, die im Westen zu wenig bekannt ist. Ihre Stammesstrukturen sind durch Militäroperationen – vor allem aber durch die US-Drohnen-Angriffe – in den FATA zerstört worden. Es wird Zeit, dass sich die internationale Gemeinschaft der Sorgen Pakistans annimmt und der nächsten, demokratisch gewählten pakistanischen Regierung den Raum, die Unterstützung und die Hilfe gewährt, die sie braucht, um auf ihrem eigenen Territorium – ohne gewaltsame militärische Einmischung anderer Staaten – einen dauerhaften Frieden zu schaffen."

(Wir haben das Statement komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)



Statement of the Special Rapporteur following meetings in Pakistan

UN Counter-Terrorism Expert meets victims of drone strikes in Waziristan and receives clear statement from the Government of Pakistan that it considers US drone strikes to be counter-productive, contrary to international law, and a violation of Pakistan's sovereignty and territorial integrity

ISLAMABAD (14 March 2013) – UN Special Rapporteur on human rights and counter-terrorism, Ben Emmerson on Thursday issued the following statement following his visit to Islamabad between 11 and 13 March 2013:

The UN Special Rapporteur on Counter-Terrorism and Human Rights, Ben Emmerson, conducted a three-day visit to Islamabad, Pakistan between 11 and 13 March 2013. This visit took place in connection with the Special Rapporteur's ongoing inquiry into the civilian impact of the use of drones and other forms of targeted killing in the context of counter-terrorism operations.

During the course of the visit the Special Rapporteur met with officials from the Ministry of Foreign Affairs, the Ministry of Defence, the Ministry of Human Rights and other relevant entities including a senior representative of the Secretariat of the Federally Administered Tribal Areas (FATA) and the Chairman of the Senate Standing Committee on Defence and Defence Production. He is particularly grateful for the assistance that was provided by the Minister for Foreign Affairs Hina Rabbani Khar and by the Foreign Secretary during his meetings with them.

The Special Rapporteur regrets that he did not have the opportunity to meet with representatives of the Pakistan Military or the ISI. However, he was informed that their position would be adequately reflected by consultations with the Ministry of Foreign Affairs, the Ministry of Interior and the Ministry of Defence.

Separately, the Special Rapporteur met with lawyers representing individuals and groups who have brought legal proceedings in Pakistan in connection with the use of drones in

counter-terrorism operations in the FATA. He also met with a group of tribal leaders (Maliks) from North Waziristan who had been selected to form a delegation to meet the Special Rapporteur as the result of a tribal Shura specially convened for the purpose. In addition, he met with a group of direct and indirect victims of drone strikes, including individuals who had suffered serious physical injuries, individuals who had witnessed fatal drone strikes, and individuals who had lost family members in such strikes. He also met with a senior judge of the Peshawar High Court familiar with the issues, a number of opposition politicians, journalists and civil society representatives.

The Special Rapporteur is grateful to the Ministry of Foreign Affairs for facilitating his visit, and for the helpful co-operation he received from all officials and Government representatives.

During the visit, the Government emphasized its consistently-stated position that drone strikes on its territory are counter-productive, contrary to international law, a violation of Pakistan's sovereignty and territorial integrity, and that they should cease immediately.

The Special Rapporteur was informed by the Government that Pakistan does not consider the situation in FATA to amount to an armed conflict (whether international or non-international). To the contrary, Pakistan considers that its own military forces operating in the region are engaged in a law enforcement operation aimed at countering terrorism in support of the civilian administration.

The Government, including the Foreign Minister, emphasised to the Special Rapporteur that the principal threat posed by the Pakistani Taleban (TTP) and other terrorist groupings operating in FATA is directed at military and civilian targets of Pakistan itself and that the country has sustained very heavy losses and damage through acts of terrorism.

Official figures showed that nearly seven thousand Pakistani soldiers and policemen had been killed in acts of terrorism and that the total death toll, including civilian victims of terrorism, was over 40,000 people.

The Government informed the Special Rapporteur that the total economic cost of the struggle against terrorism in Pakistan over the last decade has been nearly \$70 billion. The Government emphasised that its commitment to ethical, effective, sustainable and lasting solutions to the problem of terrorism on its territory was a matter of the greatest national importance and among the highest priorities of Government.

In order to achieve this, the Government informed the Special Rapporteur that Pakistan is committed to an effective counter-terrorism strategy that combines law enforcement with dialogue and development in an effort to tackle not only the manifestations of terrorism, but also its root causes in the region.

The Special Rapporteur was informed that Pakistan considers that its own democratically elected civilian Government, aided by its law enforcement agencies and military forces, are best placed to judge how to achieve a lasting peace in the region, and that interference by other States in this process has been, and continues to be, counter-productive to those efforts.

The Foreign Minister and her staff, as well as representatives of the Ministry of Defence, and the Ministry of Human Rights underlined to the Special Rapporteur that Pakistan is committed to and capable of dealing effectively with the threat of terrorism in FATA using its own resources and pursuant to its own local knowledge and integrated counter-terro-

rism strategy. The Special Rapporteur was informed in the clearest possible terms that Pakistan's Government and Parliament unequivocally rejects any suggestion that its authorities and armed forces, acting together, are either "unable or unwilling" to tackle the problem of terrorism effectively on the sovereign territory of Pakistan.

The Government emphasised that the Pakistani military has more than 145,000 ground troops stationed in FATA as well as air-borne resources at its disposal in the region. It was pointed out that the Government, acting under Article 245 of the Constitution of Pakistan, has adopted regulations governing the deployment of military force in FATA in support of the civilian authorities, which include provision for temporary internment on national security grounds, subject to judicial review by an independent commission.

Taken together with its broader strategy of engaging militant groups in dialogue, and the provision of development assistance to the tribal communities in FATA, the Government considers that it has the necessary legal, law enforcement and military resources at its disposal to tackle the issue of militant groups operating in FATA in a manner which is effective and which respects local tribal affiliations and traditions, with a view to building a sustainable route to peace in the region. The Special Rapporteur was informed that the Government and Parliament of Pakistan both reject and resent any suggestion that Pakistan's commitment to this objective is anything other than resolute.

Officials stated that reports of continuing tacit consent by Pakistan to the use of drones on its territory by any other State are false, and confirmed that a thorough search of Government records had revealed no indication of such consent having been given. Officials also pointed to public statements by Pakistan at the United Nations emphasizing this position and calling for an immediate end to the use of drones by any other State on the territory of Pakistan.

In addition, the Ministry of Foreign Affairs informed the Special Rapporteur that since mid-2010 (and to date) the Government has regularly sent Notes Verbales to the US Embassy in Islamabad protesting the use of drones on the territory of Pakistan and emphasizing that Pakistan regards these strikes as a violation of its sovereignty and territorial integrity, and requiring the US to cease these strikes immediately. The Ministry informed the Special Rapporteur that these concerns were expressed in the context of a longstanding bilateral relationship and dialogue with the US that includes positive cooperation across a broad range of issues.

Officials also drew attention to a series of resolutions passed by both Houses of the Majlis-e-Shoora (Parliament) calling for an end to the use of drones. The most recent of these resolutions, dated 12 April 2012, was unanimously adopted by a joint session of both Houses and is entitled Guidelines for Revised Terms of Engagement with the USA/NATO/ISAF and General Foreign Policy. The resolution begins with a statement that relations between Pakistan and the USA should be based upon mutual respect for the sovereignty, independence and territorial integrity of each other, and inter alia (a) calls for an immediate cessation of drone attacks inside the territorial borders of Pakistan; (b) reaffirms Pakistan's commitment to the elimination of terrorism and combating extremism in its own national interest; (c) provides that neither the Government nor any of its component entities may enter into verbal agreements with any other foreign Government or authority regarding national security; (d) provides that any such agreements previously entered into should forthwith cease to have effect; and (e) provides that any such agreements should, in the future, be subject to scrutiny by specified Ministries and Parliamentary bodies and then announced through a Ministerial statement in Parliament. The resolution also calls on the international community to recognize the human and economic losses caused to Pakistan by the so-

called “war on terror” and affirms that “[i]n the battle for hearts and minds an inclusive process based on primacy of dialogue” which “respect[s] local customs, traditions, values and religious beliefs” should be adopted.

A number of Governmental and non-Governmental sources pointed out that despite this (and previous) clearly-worded resolutions passed by a democratically-elected legislature, drone strikes on the territory of Pakistan continued unabated. Several sources pointed out that Pakistan's democracy is fragile, and that the upcoming general election marks the first occasion in Pakistan's history when it will undergo a fully democratic transition of authority from one civilian government to another.

These sources suggested that the continued deployment of drones in the FATA, despite clear Parliamentary resolutions calling for them to cease, had the capacity to undermine public confidence in the democratic process in Pakistan.

The Special Rapporteur was informed that according to statistics compiled by the Ministry of Foreign Affairs, there have been at least 330 drone strikes on the territory of Pakistan since 2004. Records showed that the total number of deaths caused by drone strikes was at least 2,200 that in addition at least 600 people had suffered serious injuries. Officials pointed out that efforts to identify the exact number of deceased (and therefore to establish the exact number of civilian deaths) were hampered by security concerns and by topographical and institutional obstacles to effective and prompt investigation on the ground by officials working on behalf of the FATA Secretariat, as well as by the cultural tradition of Pashtun tribes in the FATA region to bury their dead as soon as possible.

Nonetheless the Special Rapporteur was informed that the Government has been able to confirm that at least 400 civilians had been killed as a result of drone strikes, and that a further 200 individuals were regarded as probable non-combatants. Officials indicated that due to under-reporting and obstacles to effective investigation on the ground these figures were likely to be under-estimates of the number of civilian deaths.

The Special Rapporteur requested further information on the methodology for the compilation of these statistics and their disaggregation but this information was not immediately available. A senior representative of the FATA Secretariat however informed the Special Rapporteur that when the FATA was alerted to a drone strike involving potential civilian casualties, investigations were carried out, so far as possible, to confirm whether the dead and injured were indeed non-combatants and he stated that the figures supplied to the Special Rapporteur reflected this.

In discussions with the delegation of tribal Maliks from North Waziristan the Special Rapporteur was informed that drone strikes routinely inflicted civilian casualties, and that groups of adult males carrying out ordinary daily tasks were frequently the victims of such strikes. They emphasized that to an outsider unfamiliar with Pashtun tribal customs there was a very real risk of misidentification of targets since all Pashtun tribesmen tended to have similar appearance to members of the Pakistan Taliban, including similar (and often indistinguishable) tribal clothing, and since it had long been a tradition among the Pashtun tribes that all adult males would carry a gun at all times. They considered that civilian casualties were a commonplace occurrence and that the threat of such strikes instilled fear in the entire community.

They emphasized that drone attacks had fractured their existing tribal structures, and destroyed their way of life. They also pointed out that their local tribal law, the Pashtunwali, prescribed revenge for the loss of a life and that this entrenched tribal tradition had given

rise to a desire, particularly among young men, to seek revenge for the drone strikes, thus radicalizing a new generation.

This assessment was confirmed by the Ministry of Human Rights. In the course of preparing for Pakistan's Universal Periodic Review before the Human Rights Council the Human Rights Ministry held consultations in March 2012 aimed at assessing whether drone strikes had increased radicalization in the FATA. Their findings, though largely anecdotal, supported the conclusion that the strikes were frequently cited as a source of radicalization to violent extremism amongst younger Pashtun males, thus perpetuating the cycle of violence and providing support for the Government's position that such strikes are counter-productive.

The Special Rapporteur is extremely grateful to all the individuals who came forward to provide information relevant to the inquiry, in particular those who had been injured or lost family members in drone strikes and who had travelled from North Waziristan to meet with him. He was impressed by their testimony. Their accounts will be reflected, along with the other evidence compiled, in the Special Rapporteur's final report to the United Nations.

Speaking at the end of his visit, the Special Rapporteur said:

"The position of the Government of Pakistan is quite clear. It does not consent to the use of drones by the United States on its territory and it considers this to be a violation of Pakistan's sovereignty and territorial integrity. As a matter of international law the US drone campaign in Pakistan is therefore being conducted without the consent of the elected representatives of the people, or the legitimate Government of the State. It involves the use of force on the territory of another State without its consent and is therefore a violation of Pakistan's sovereignty. Pakistan has also been quite clear that it considers the drone campaign to be counter-productive and to be radicalising a whole new generation, and thereby perpetuating the problem of terrorism in the region. Pakistan has called on the US to cease its campaign immediately. In a direct challenge to the suggested legal justification for these strikes, the Government of Pakistan has also made it quite clear during these discussions that any suggestion that it is "unwilling or unable" to combat terrorism on its own territory is not only wrong, but is an affront to the many Pakistani victims of terrorism who have lost their lives. Based on its direct knowledge of local conditions, Pakistan aims to a sustainable counter-terrorism strategy that involves dialogue and development in this complex region and that tackles not only the manifestations of terrorism but also its root causes. The people of Pakistan need to be given room to develop this strategy. The Pashtun tribes of the FATA area have suffered enormously under the drone campaign. These proud and independent people have been self-governing for generations, and have a rich tribal history that has been too little understood in the West. Their tribal structures have been broken down by the military campaign in FATA and by the use of drones in particular. It is time for the international community to heed the concerns of Pakistan, and give the next democratically elected government of Pakistan the space, support and assistance it needs to deliver a lasting peace on its own territory without forcible military interference by other States."

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern